

Interviewfragen für Christine Lambrecht

1. Was ist ihre persönliche Meinung zu den Fridays for future Demonstrationen? (z.B.: Schule schwänzen, politisches Interesse zeigen und sich für die Zukunft engagieren)

Ich finde es toll, dass sich junge Menschen für den Klimaschutz engagieren. Der Fridays for future Bewegung ist es gelungen das Thema Klimaschutz in die Politik und die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Nichtsdestotrotz gilt in Deutschland die Schulpflicht. Mit Sanktionierungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Demonstrationen sollte man dennoch zurückhaltend umgehen. Es wäre eine zusätzliche Bereicherung, wenn die jeweiligen Schulen die Klimaschutzdebatte in den Unterricht einbinden.

2. Halten Sie die Forderungen der Fridays for future Demonstranten von der Einhaltung des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels für realistisch?

Ja! Im Dezember 2015 hat sich die Weltgemeinschaft darauf verständigt, Maßnahmen zu ergreifen, um den menschengemachten Klimawandel einzudämmen. Die 187 Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen haben das Übereinkommen von Paris verabschiedet. Ihr gemeinsames Ziel: Die Erderwärmung auf 1,5 Grad und damit deutlich unter 2 Grad Celsius begrenzen. Um gemeinsam dieses Klimaziel zu erreichen, sind umfassende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen notwendig. Es ist gut, dass die Forderung nach dem 1,5-Grad-Ziel im neuen Paris Agreement verankert werden konnte. Paris war eine wichtige Etappe, die Regeln und Mechanismen in Richtung einer klimagerechten Welt festzulegen. Deutschland hat das Abkommen ratifiziert und bekennt sich mit dem Klimaschutzplan 2050 zu den Pariser Klimazielen. Bis 2030 soll der Treibhausgasausstoß um 55 Prozent reduziert werden. Langfristziel ist es, bis zum Jahr 2050 weitestgehend treibhausgasneutral zu werden.

3. Können wir den Klimawandel überhaupt noch aufhalten und wenn ja, welche Maßnahmen müssten wir dafür noch in dieser Legislaturperiode umsetzen?

In den vergangenen Jahrzehnten ist es nicht gelungen, die CO₂-Emissionen ausreichend zu begrenzen und deutlich zurückzuführen, um dem Klimawandel zu begegnen. Das Klima ändert sich weltweit. Experten rechnen mit weit reichenden Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft, wenn es nicht gelingt, die globale Klimaänderung zumindest in Schranken zu halten. Wir können mit der Natur nicht verhandeln. Deshalb darf es beim Klimaschutz kein Zaudern und Zögern mehr geben. Die planetaren Grenzen müssen wir akzeptieren und daran unsere politischen Instrumente (zum Beispiel Steuern und Subventionen) ausrichten, um angesichts endlicher Ressourcen Verteilungsgerechtigkeit zu garantieren.

Unsere Maßnahmen: Hierzu verweise ich auf den Beschluss von Parteivorstands vom 27.06.2019 und das Infopapier der Begleitgruppe Klimaschutzgesetz.

Unsere Kernforderungen: Kohleausstiegsgesetz, 65%-Ausbauziel Erneuerbare Energien und Klimaschutzgesetz noch in diesem Jahr im Bundestag.

4. Schaffen wir die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bis 2020?

Deutschland wird seine Klimaziele für 2020 deutlich verfehlen. Statt angestrebter 40 Prozent weniger Treibhausgase werden laut Klimaschutzbericht wohl nur 32 Prozent erreicht. Umso wichtiger ist es daher, dass das Klimakabinett am Freitag, den 20. September Maßnahmen vorlegt, um die 2030-Ziele zu erreichen.

5. Bündnis 90/ Die Grünen fordern eine Steuer auf den CO₂ – Ausstoß (40€ pro Tonne CO₂) und ein Energiegeld von 100 €, wäre das umsetzbar und würde das ein höheres bewusst sein der Bevölkerung im Thema Klimawandel schaffen?

Die SPD präferiert eine neue ökologische Steuer- und Abgabenreform. Dabei wollen wir auch schrittweise das System umweltschädlicher Subventionen verlassen, um Investitionen in zukunftsfähige Technologien und Strukturen zu ermöglichen. Während Strom trotz zunehmender Einspeisung kostengünstiger erneuerbarer Energien durch hohe Abgaben belastet wird, sind die Preise für klimaschädliches Benzin, Diesel, Heizöl und Gas in den letzten zehn Jahren weitgehend konstant geblieben, weil sie ihre wahren Kosten für Klima und Gesundheit nicht vollumfänglich begleichen müssen. Diese Fehlanreize wollen wir grundsätzlich beseitigen – fossile Energieträger müssen langfristig teurer und Strom aus erneuerbaren Energien günstiger werden.

Mit einer Bepreisung von CO₂-Emissionen werden wir klimafreundlichere Technologien gerade in den Bereichen Wärme und Verkehr flankieren. Damit niemand ungerecht belastet wird, werden wir das eingenommene Geld den Bürger*innen zurückgeben. Das gilt nicht zuletzt für diejenigen, die weite Wege zur Arbeit zurücklegen müssen. Wir haben im Blick, dass gerade Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen keine finanziellen Mehrbelastungen erfahren dürfen. Unser Ziel: Wer klimafreundlich handelt, hat künftig mehr Geld in der Tasche.

Am Freitag, den 20. September, tagt das Klimakabinett der Bundesregierung und wird ein umfangreiches Paket zum Klimaschutz beschließen.

6. Die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) sagte laut der Zeit Online (17.08.2019), dass sie die Sanktionierung der Teilnahme an den Freitagsdemonstrationen sehr zurückhaltend ansetzen würde. Würden Sie dem zustimmen und wie sähe eine mögliche Sanktionierung ihrer Meinung nach aus bzw. würden Sie es überhaupt sanktionieren?

7. In Brandenburg und Sachsen waren am 01.09.2019 Landtagswahlen. An vielen Schulen wurden deshalb vorab Juniorwahlen durchgeführt. In Brandenburg wählten 33,5% der Schüler die Grünen, als stärkste Kraft, und die AfD wurde mit 12,7%, zweit stärkste Kraft. In Sachsen wählten 25,6% der Schüler die Grünen, als stärkste Kraft, und auch hier wurde die AfD zweitstärkste Kraft, mit 13,8%. Wie können Sie sich das erklären das so viele Jugendliche die Partei wählen die weitgehend den Klimawandel leugnet?

Erst einmal freue ich mich, dass es in Brandenburg, wie auch in Sachsen vor den diesjährigen Landtagswahlen Juniorwahlen an vielen Schulen gab. Junge Leute können oft schon vor der Volljährigkeit einschätzen worauf es bei Wahlen ankommt und worum es bei bestimmten Themen geht. Die hohe Wahlbeteiligung der Juniorwahlen zeigt außerdem das große Interesse junger Leute an Wahlen. In Brandenburg und Sachsen war die Wahlbeteiligung der Juniorwähler*innen deutlich höher als die der älteren Altersgruppen. Das begrüße ich!

Ich kann es aber leider nicht für gut heißen, dass trotz der hohen Wahlbeteiligung bei den Juniorwahlen wie auch bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, die AfD so viele Stimmen bekommen hat. Auffallend hoch waren die Stimmabgaben für die AfD in ländlichen Regionen. Dies erkläre ich mir so, dass viele Menschen - jung und alt - dort den Eindruck haben, dass sie von der Politik abgehängt wurden, weil es keinen regelmäßigen Nahverkehr mehr oder keine Aufenthaltsorte wie Jugendclubs gibt. Es ist daher sehr wichtig, sich neben der Konzentration auf die Städte, auch verstärkt auf die ländlichen Regionen zu konzentrieren und dort den Strukturwandel mit Förderinstrumenten zu begleiten.

8. Vom 21.09.2019 – 27.09.2019 wird unter dem Motto „week4CLIMATE“ eine ganze Woche lang gestreikt. Halten Sie dies für einen geeigneten Schritt der Jugendlichen um auf ihre Forderungen und deren Umsetzung aufmerksam zu machen?

Wie bereits erwähnt, finde ich es toll, dass viele junge Menschen für den Klimaschutz auf die Straße gehen und demonstrieren. Sie haben das Thema somit in die Politik und die Mitte der Gesellschaft gebracht. Am Freitag, den 20.09.2019, also vor der „week4CLIMATE“, wird es im Klimakabinett eine Entscheidung der Bundesregierung geben welchen Weg man beim Klimaschutz gehen wird. Ich finde den Ansatz der Demonstration „week4CLIMATE“ gut, da zu vielen klimapolitischen Themen Stellung bezogen wird. Allerdings fände ich es noch besser, wenn diese Themen an den Schulen in den Unterricht mit eingebunden würden.

9. In Brasilien brennen der Zeit tausende Quadratmeter des Regenwaldes. Das Feuer wurde wahrscheinlich durch Farmer entzündet, die neue Weideflächen wollten. Man sagt zum Regenwald auch „die grüne Lunge des Planeten“. Müsste man den Regenwald nicht mehr schützen, um genau so etwas zu verhindern? Wäre es nicht eine Möglichkeit, wenn man den Farmern anderwärtig Arbeit gibt z.B. in dem sie sich um den Wald kümmern?

Durch unsere Fleischproduktion und unseren Fleischkonsum nehmen wir Klimaemissionen in anderen Weltregionen in Kauf. Der Rückgang des Regenwaldes u.a. für unseren Futtermittelanbau, der Verlust an Artenvielfalt und Transportemissionen seien hier genannt. Die brasilianischen Farmer und die dortige Agrarindustrie würden wahrscheinlich erst ihr Verhalten ändern, wenn wir Europäer den Import von brasilianischem Rindfleisch oder Soja, das im Regenwald angebaut wird, stoppen. Daher liegt es vorerst an uns, unseren Konsum zu ändern, bevor man den Farmern vor Ort Anreize für andere Arbeit schafft.

10. In Deutschland sind seit 2018 110.000 ha Wald verloren gegangen. Warum wurden bis jetzt keine Maßnahmen ergriffen um den Wald zu retten? Welche Maßnahmen müssen jetzt ergriffen werden um den Wald zu retten bzw. wieder aufzuforsten?

Die Auswirkungen des Klimawandels auf den Wald sind schon seit Jahren in der politischen Diskussion und der Umbau der Wälder hat schon vor den jetzt sichtbaren Schäden begonnen. Waldumbau ist ein Generationen oder sogar Mehrgenerationenprojekt. Wir fordern einen klimaresistenten und ökologischen Waldumbau. Der Weg zu robusteren Mischwäldern also weg von Monokulturen muss schneller beschritten werden. Dafür werden wir finanzielle Unterstützung geben. Kurzfristig geht es um die schnelle Hilfe zur Beseitigung der Schäden. Mittel- und langfristig geht es um einen ökologischen Waldumbau.